

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kann die Devisenbewirtschaftung aufgehoben werden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Kann die Devisenbewirtschaftung aufgehoben werden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 8, pp. 472-476

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131569>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

übersetzt ist. Und das deshalb, weil bei der herrschenden Methode der Endpreisberechnung ein halbwegs geschickter — nicht nur steuer-technisch geschickter — Verkäufer immer noch einen größeren Gewinn erzielen kann, als sein Einkommen bei produzierender Arbeit betragen würde. Vielleicht scheint es manchem eigenartig, daß trotz der Übersetzung des Handels kein Wettbewerb aufkommt. Aber auch das hat seine psychologischen Gründe, und zwar auf der Käuferseite.

In einer jahre-, wenn nicht jahrzehntelangen Gewöhnung an eine stetige Erhöhung des Preisniveaus ist der Käufer preisunkritisch geworden. Durch eine mehrfache Wiederholung von Inflationen hat sich der Konsument daran gewöhnt, Sachgüter — wenn auch zu erhöhten Preisen — höher einzuschätzen als ein Sparguthaben. Wir sind alle noch inflationsverseucht und deshalb kaufüberwillig. Dazu kommt, daß die breiteste Käuferschicht, nämlich die der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, jederzeit in der Lage ist, eine Kaufkraftminderung durch Lohn-erhöhungen auszugleichen. Bei dieser psychologischen Grundstimmung des Käufers dürfte es sehr

schwierig sein, durch eine spontane Kaufzurückhaltung die Herabsetzung der Kleinverkaufspreise zu erzwingen. Es darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Käufer technisch nicht mehr in der Lage ist, einen Qualitätsvergleich und damit einen Kostenvergleich der angebotenen Waren durchzuführen. Er hat nicht mehr die Zeit und die Gelegenheit, sich das günstigste Angebot auszusuchen. Die vielgepriesene Markttransparenz ist eben verlorengegangen und in unserer herrschenden Wirtschaftsstruktur auch nicht wiederherzustellen.

Es muß aber ein Weg gefunden werden, unseren Verteilungsapparat wieder rationeller zu gestalten. Diese Notwendigkeit besteht nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für andere europäische Länder, wie beispielsweise Italien und Frankreich. Auf jeden Fall muß auf irgendeine Weise der Übersetzung des Handels ein Ende gemacht werden. Da die Markttransparenz fehlt und der Wettbewerb aus vielen Gründen nur sehr beschränkt zum Zuge kommen kann, ist eine ständige, sinnvolle Preisüberwachung erforderlich, die vielleicht von Selbstverwaltungsorganen des Handels durchgeführt

werden könnte. Eine solche Preisüberwachung müßte allerdings nicht den Kleinstumsatz, sondern einen Mindestumsatz als Faktor der Kostenfestsetzung zugrundelegen. Die Erhöhung des Umsatzvolumens muß wieder ein Anreiz für Kostensenkungen werden. Dabei soll alles vermieden werden, was den Verteilungsapparat irgendwie in die Struktur eines Kettenhandels amerikanischer Art hineintreibt. Der selbständige Kleinverteiler soll erhalten werden. Aber es geht nicht an, daß alle diejenigen, die ihr Einkommen nicht nach einer gleitenden Preisskala bestimmen können, die Unterhaltungskosten für diejenigen tragen, die den Handel — und sei es auch mit minimalen Umsätzen — einer produzierenden Arbeit den Vorzug geben. Wir haben uns zu sehr daran gewöhnt, daß die Preise periodenweise steigen und sich danach die Wirtschaft auf einer höheren Preisebene einspielt. Die große Zahl von Rentenempfängern und Versorgungsberechtigten, die wir durch unsere produktive Arbeit erhalten müssen, sollte ein Mahnmal sein, daß wir auf eine stetige Senkung des Preisspiegels durch fortlaufende Rationalisierung in Produktion und Verteilung bedacht sein müssen. (h)

Kann die Devisenbewirtschaftung aufgehoben werden?

Währungen zwischen Freiheit und Zwang

Nach der langanhaltenden Periode der Erfahrungen mit staatlich manipulierten Währungen, mit Inflation und Währungsverfall scheint sich in der Welt nun endlich die Erkenntnis durchzusetzen, daß allein eine frei konvertierbare Währung die Voraussetzung für stabile Preis- und Wirtschaftsverhältnisse in der Welt zu schaffen vermag. Wie anders wäre der Vorschlag des Internationalen Währungsfonds zu verstehen, denjenigen Ländern, die sich zu einer Lockerung bzw. Abschaffung der Devisenzwangswirtschaft entschließen, finanzielle Unterstützung zu bewilligen?

Die in Deutschland über dieses Problem seit längerer Zeit ge-

fürten Diskussionen haben durch diesen Vorschlag erneut Auftrieb erhalten. Endlich glaubt der Außenhandel sich wieder in eigener Initiative betätigen, d. h. dort kaufen und verkaufen zu können, wo sich die marktwirtschaftlich günstigsten Preise erzielen lassen. Der Zwang, anderswo als auf dem billigsten Markt kaufen und verkaufen zu müssen, hat in der ganzen Welt die Konkurrenzkraft der produzierenden Länder gemindert und die Importe für die Aufnahmeländer verteuert. Es ist verständlich, daß der Außenhandel in Westdeutschland bei seinen Diskussionen hierüber auf die Wiedergesundung der westdeutschen Wirt-

schaft nach Aufhebung der Rationierung im Jahre 1948 verweist. Dennoch, so einfach liegen die Dinge nicht.

Die Befreiung der westdeutschen Wirtschaft von den Fesseln der Zwangsrationierung war nur möglich, weil die Notenbank gleichzeitig umso strenger in der Rationierung des Geldes verfuhr. Orientierungsfaktor für die Freigabe des Geldes war allein die Produktivität der deutschen Wirtschaft. In dem Maße, wie diese erhöht werden konnte, lockerte die Notenbank die bestehenden Restriktionen. Während es hierdurch allmählich zu einem inneren Gleichgewicht kam, d. h. die Kaufkraft des Geldes binnenwirtschaftlich gestärkt werden konnte, gelang es gleichzeitig, auf Grund



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021:1203 UND 021:1461

der aus den Produktionsüberschüssen erzielten Exportüberschüsse, Währungsreserven anzulegen. Das Vertrauen der Welt in die Deutsche Mark verstärkte sich, was vor allem in den freien Kursen der D-Mark zum Ausdruck kommt. Bei dem gegenwärtigen Kurs könnte die D-Mark ohne weiteres wieder als Welt-Währung anerkannt werden, sofern sie überall in der Welt frei austauschbar wäre, d. h. zum Ankauf von Gütern oder zur Bezahlung von Dienstleistungen in allen Währungsgebieten verwendet werden könnte, und zwar zu dem sich auf den internationalen Währungsmärkten bildenden freien Kurs. Diese Einschränkung weist bereits auf die Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, sofern man in Westdeutschland nach der nunmehr vollzogenen Herstellung des inneren Gleichgewichtes und nach Schaffung erforderlicher Devisenreserven die Aufhebung der Devisenbeschränkungen verwirklichen will:

1. Die ausländischen Geschäftspartner dürfen nicht selbst durch eigene Devisenrestriktionen vom freien Welthandel ausgeschaltet sein.
2. Die Kurse der deutschen Mark müssen frei, d. h. nicht durch wirtschaftspolitische Zweckbestimmungen in der Bundesrepublik, wie bisher, künstlich fixiert sein.

Das besagt, daß die Bundesrepublik nicht isoliert die Rückkehr zur freien Währung durchführen kann. Devisenpolitische Entscheidungen, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen der bisher noch zwangsbewirtschafteten Länder — vor allem Großbritannien und Frankreich mit ihren rohstoffreichen überseeischen Besitzungen — würden die Freigabe der Devisen für uns illusorisch machen. Im Anfang sollten zumindest die Partner der Europäischen

Zahlungsunion einen solchen Schritt gemeinsam tun. Was die Freigabe des DM-Kurses anbetrifft, würde diese bei den gegenwärtigen Notierungen auf dem freien Markt nur eine geringfügige Korrektur zur Folge haben, die überdies den Vorzug hätte, daß sie wirklich einmal Klarheit schafft. Allerdings ist es fraglich, ob die gegenwärtige Devisenreserve der Bundesrepublik einen solchen Schritt schon heute rechtfertigt. Einschließlich eines Goldbestandes von ca. 380 Mill. DM wird die Devisenreserve z. Z. auf 1,4 Mrd. DM geschätzt. Diese Summe entspricht einem Einfuhrwert von etwa einem Monat. Die Zentralnotenbank steht jedoch auf dem Standpunkt, daß bei einer monatlichen Durchschnittseinfuhr von 1,25 Mrd. DM während des ersten Halbjahres 1952 die Manipulationsreserve auf die Höhe der Einfuhrwerte von mindestens 3 Monaten gebracht werden müsse, wie dies auch in anderen europäischen Ländern als Voraussetzung angesehen würde. Bei der augenblicklichen Reserve hält die Notenbank eine Freigabe der Währung noch für zu riskant, es sei denn, daß in Form eines vom Währungsfonds bzw. der BIZ. gegebenen Kredites von außen eine Stützung der Währungsreserven erfolgte. Ein solcher Kredit dürfte jedoch vor Abschluß der Londoner Schuldenkonferenz kaum zu erwarten sein. Private Kredit Hilfe vom Ausland in Form von Währungskrediten, die über Produktions- und Exportsteigerung letztlich auch zum Ausbau unserer Währungsreserven führen könnten, ist nicht zu erwarten, solange eine Transfermöglichkeit der Kapitalerträge nicht besteht, d. h. die freie Konvertibilität unserer Währung nicht existiert.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt vermögen wir in der Bundesrepublik nichts anderes zu tun als durch weiteren Abbau der Devisen- und

Handelsschranken die vorbereiteten Schritte zu einer Freigabe unserer Währung zu unternehmen. Vielleicht gelingt es uns bei Fortführung der bisherigen devisenmäßigen Erleichterungen durch allmähliche Ausweitung unseres Exportes auch das Devisenpolster zu verstärken. Der letzte Schritt kann jedoch nur in Gemeinschaft mit unseren Handelspartnern getan werden. Es ist zu erwarten, daß zumindest Großbritannien und Frankreich nach den enttäuschenden Erfahrungen während der Jahre der Devisenmanipulationen der Frage der Währungsfreigabe gegenüber nunmehr aufgeschlossener sein werden. Den Kreisen, die glauben, den bisherigen Verfall ihrer Währung auf die großen Rüstungsaufgaben zurückführen zu müssen, kann nur entgegnet werden, daß — solange es keinen Krieg gibt, solange die Schifffahrt der Welt ungehindert den Güterverkehr vollziehen kann — die Durchführung des Rüstungsprogrammes nur eine Intensivierung des Welthandels zur Folge hat. Die Funktion der Weltwirtschaft erfuhr in den Nachkriegsjahren nur dadurch immer erneute Störungen, weil die der Wirtschaft immanenten Ausgleichstendenzen sich nicht auszuwirken vermochten, sondern durch Devisenmanipulationen, vor allem der europäischen Länder, fortlaufend gehemmt wurden. Inzwischen haben die Regierungen eingesehen, daß kein Land der Welt sich in einer geschlossenen Währungswirtschaft entwickeln kann, ohne das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht zu verlieren. Die Notwendigkeit einer Einfuhr von Rohstoffen bzw. Industriegütern setzt zwangsläufig eine Beteiligung an der Weltwirtschaft voraus, damit zugleich aber auch die Notwendigkeit, die Währung so zu gestalten, daß sie als international anerkanntes Tauschmittel zum Mittler des Außenhandels wird. (hz)

Freie Devisenwirtschaft — eine Illusion?

Die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz seit Anfang dieses Jahres hat der Hoffnung, daß der Devisenzwangswirtschaft der Todesstoß versetzt werden könne, mächtigen Auftrieb gegeben. Der Außenhandelskaufmann träumt nun wieder von der guten alten Zeit der weltweiten Goldwährung; aber sie ging in der großen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre in die Brüche und dürfte in dieser alten Form keine Auferstehung wieder feiern.

Seitdem regiert eine autonome Handelspolitik die Welt, indem alle Länder möglichst viel exportieren und wenig importieren wollen, um ausreichend Devisen einzuheimsen. Die Devisenkurse werden seitdem durch die Regierungen zwangsweise festgesetzt und nur zu diesen Zwangskursen gehandelt, was natürlich eine scharfe Kontrolle aller Außenhandelsgeschäfte notwendig macht. Da nicht mehr der freie Wert der Währungen die Preise auf dem Weltmarkt beeinflußt, spielt sich der Kampf um die Märkte in Form offener und geheimer Exportsubventionen und Einfuhrbehinderungen auf Kosten der einheimischen Steuerzahler und Konsumenten ab.

Nach dem zweiten Weltkrieg ersetzte ein Dollarfonds für Westeuropa zeitweise die einstigen Goldreserven. Er diente zur Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU), die mit einem Abkommen über die Befreiung von Außenhandelsbeschränkungen verbunden war. Diese Maßnahmen wurden allgemein begrüßt, aber sie haben nur mangelhaft funktioniert, weil die Beteiligten nicht auf eine autonome Wirtschaftspolitik verzichten wollten. Anfangs war die deutsche Wirtschaft als Folge des verlorenen Krieges am schwächsten und hatte einen strukturellen Einfuhrsog. Jetzt sind es Großbritannien und Frankreich, die den notwendigen Exportausgleich nicht ohne direkte Interventionen in den Außenhandel durchführen können. Das Aufgeben der Zwangskurse würde für diese Länder bedeuten, daß sie von ihrem jetzigen Niveau bis auf einen Punkt hinunter müßten, der ihre heutige wirtschaftliche

Leistungskraft im Verhältnis zu den USA. widerspiegeln. Denn das Gold ist als Wertmesser durch den Dollar, der Währung des wirtschaftsstärksten Landes, abgelöst worden. Fast alle Währungen sind durch die Zwangskurse gegenüber dem Dollar überbewertet. Ein chronischer Dollarmangel und das hektische Bestreben mehr an die USA. zu verkaufen, um sich die scheinbar so billigen Dollars zu beschaffen, ist die Folge.

Die theoretisch naheliegende Lösung wäre, die Zwangskurse der europäischen Währungen fallenzulassen und nicht mehr alle paar Jahre zwangsweise gegenüber dem Dollar abzuwerten, sondern die Kursentwicklung dem freien Markt zu überlassen. Leider stehen ihr politische Realitäten entgegen:

Eine Abwertung der europäischen Kurse würden die Amerikaner mit Verstärkung ihrer Zollmauern parieren und somit den Erfolg gegenüber dem Dollargebiet aus ihrem binnenwirtschaftlichen Interesse heraus paralisieren. Außerdem existiert die politisch bedingte Neigung der Kapitalflucht aus Europa, wenn keine wirksame Kontrolle der vollen Deviseneingänge für vorausgegangene Exporte besteht. Freie Kurse und freie Devisenbewegung über die Grenzen sind aber untrennbar. Schließlich möchte das englische Sterlinggebiet seine eigene Währungs- und Handelspolitik nicht aufgeben, weil es damit in noch stärkere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom Dol-

largebiet käme. Die deutsche Spekulation, bei Devisenfreigabe den heutigen DM-Kurs ganz oder annähernd zu halten, zeugt von einer allzu kurzfristigen Betrachtung. Unser erfreuliches aber minimales Devisenpolster kann bei der geringsten Unruhe auf dem Weltmarkt dahinschmelzen. Die Bundesrepublik sollte bei ihrer gegenwärtigen starken Position gegenüber den anderen europäischen Währungen, nicht aber gegenüber dem Dollar, laufend prüfen, wie weit die Bewirtschaftung gelockert werden kann. Die Kontrolle beim Reiseverkehr z. B. könnte gegenwärtig sicher wesentlich vereinfacht werden.

Die Aufhebung der Zwangskurse aber setzt die Beendigung des internationalen Handelskrieges voraus, um einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit einheitlicher Währung zu entwickeln. Auch dürfen dann z. B. die deutschen Rückzahlungen der Auslandsschulden nicht unsere Zahlungsbilanz ruinieren. Die Vereinten Nationen, der Europa-Rat und die OEEC. haben teilweise gute Vorschläge ausgearbeitet. Aber die nationalen Regierungen führen sie nicht durch.

Auf die Devisenbewirtschaftung kann Europa nur verzichten, wenn man sich entschließt, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu gründen, mit allen Chancen und allen Schwierigkeiten für die einzelnen Länder. Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit müßte freilich manchen Blühtraum der Vorherrschaft in Europa zerstören. (tz)

Überspitzung der Freiheit schafft Unfreiheit

Das Problem eines Abbaues der Devisenbewirtschaftung ist nicht nur aktuell, weil der Bundeswirtschaftsminister sich oft in seinen programmatischen Erklärungen damit befaßt hat, sondern weit mehr deshalb, weil nach dem Gefühl aller maßgeblichen Wirtschaftskreise die staatliche Bevormundung hier Ausmaße angenommen hat, daß man sich ernstlich darum bemühen sollte, sie drakonisch abzubauen. Die Erörterungen hierüber haben schon seit einiger Zeit das Schrifttum angefüllt, ohne daß man sagen könnte, das Problem wäre

in seiner umfassenden Konzeption immer richtig erkannt worden. Die meisten Veröffentlichungen leiden darunter, daß sie zu sehr aus dem Blickwinkel des Legalen eines de lege lata die Dinge erörtern. Soweit aber der Versuch unternommen wurde, die Probleme auch mit erkenntnistheoretischen Überlegungen aufzugreifen, bleiben sie zu oft in der Analyse stecken. Und selbst wenn man sich bemüht, das Allgemeinere in der Problemstellung zu erkennen, so werden die Erörterungen dadurch beeinträchtigt, daß das Problem an sich fast immer nur

durch den Schleier des Geldes gesehen wird. Damit stoßen wir aber zu dem Kernproblem, das wir abgrenzen müssen, um erkennen zu können, wo und wie die Devisenbewirtschaftung abgebaut werden kann.

Diese Bewirtschaftung soll nach den Vorstellungen der Vergangenheit in ihrer wirklichen Aufgabe sich um das Phänomen der Kapitalflucht kümmern, und soweit die Devisenbewirtschaftung sich auch heute dieser Aufgabe zuwendet, kann an einen Abbau der entsprechenden Maßnahmen niemals gedacht werden; nicht nur deshalb, weil die Frage unserer Vorkriegsschulden noch in der Schwebe ist.

Die Devisenbewirtschaftung aber, wie wir sie jetzt erleben, bedeutet weit mehr. Sie erfaßt, wenn man die Erkenntnis aus dem Dunstkreis des Geldschleiers löst, den ganzen Wust der Anordnungen für den Waren- und Dienstleistungsverkehr im Außenhandel, in den er immer mehr gedrängt worden ist und von dem die Devisenbewirtschaftung nicht getrennt werden kann; denn Trennungslinien, die man hier vielleicht ziehen möchte, können theoretisch möglich sein, aber praktisch niemals verwirklicht werden. Die Devisenbewirtschaftung wird daher auch nur dadurch abgebaut werden können, daß man den Waren- und Dienstleistungsverkehr des Außenhandels aus der Bevormundung des Staates weit mehr entläßt, als es sich bis heute entwickelt hat. Und dabei ist vor allem die Erkenntnis wichtig, daß allein die zu weit gehende Liberalisierung der Einfuhr in der vergangenen Zeit uns zu den überspitzten gesetzlichen Regelungen für den Waren- und Dienstleistungsverkehr geführt hat. Nur die Nervosität aus den Passivsaldo bei der Zentralbank durch eine zu starke Forcierung der Freiheit für die Einfuhr hat veranlaßt, die Freiheit für diesen Verkehr übermäßig einzuengen, worin wir auch hier ein eindrucksvolles Beispiel dafür sehen, daß durch eine Übertreibung des Grundsatzes der Freiheit sich Freiheit allemal in Unfreiheit umwandelt.

Wir sind daher auch der Meinung, daß allein eine sinnvolle Planung des Außenhandels aus den

Rangordnungen der gesamten Wirtschaft dem Waren- und Dienstleistungsverkehr im Außenhandel erst wieder die notwendige Freiheit geben kann, jedenfalls erheblich mehr Freiheit, als die, die ihm heute auf der Grundlage der Liberalisierung zugestanden wird: denn Planen heißt nicht den wirtschaftlichen Ablauf bis in alle Einzelheiten zu bevormunden, die Planung gibt nur den großen Rahmen, innerhalb dessen sich das Geschehen auch auf dem Gebiete des Außenhandels dann frei entfalten soll. Und so sonderbar es erscheinen möge: eine vernunftgemäße Planung muß deshalb auch gegenüber dem heutigen Zustand das Postulat aufstellen, dem Außenhandel auf dem Gebiete des Waren- und Dienstleistungsverkehrs die Freiheit wiederzugeben, aus der heraus die schöpferischen Kräfte sich erst genügend entfalten können. Und dabei ist Planung nicht allein ein Problem der Menge; eine Auffassung, die sich auffällig durch die wissenschaftliche Literatur zieht. Darin liegt eine viel zu große Vereinfachung, und auch die Blickrichtung ist schief. Wir müssen selbstverständlich diesen Verkehr auch in seinem geldlichen (wertmäßig preislichen) Ablauf, der ihm als Mittel zum Zweck folgt, in den Komplex der Planung einordnen. Anders dürfen unsere Ausführungen über den Geldschleier nicht aufgefaßt werden.

Dabei erkennen wir auf dem Wege der praktischen Lösung vor allem die Maßnahmen, die im Außenhandel den globalen Austausch an Waren- und Dienstleistungen sichern, wobei die Handelsverträge im Vordergrund stehen, die den Rahmen für eine freie wirtschaftliche Betätigung festlegen. Allerdings meinen wir nicht Verträge der Art, die nur ein gegenseitiges Dulden vereinbaren, wir meinen solche, die auch ihre Erfüllung für beide Vertragspartner vorsieht, was auf unserer Seite bedeutet, daß die Wirtschaft sich Bevormundung gefallen lassen muß, wenn die freien Kräfte allein dazu nicht ausreichen. In dieser Abgrenzung sind Handelsverträge aber das alleinige Instrument, um eine internationale Auflockerung der

Devisenbewirtschaftung herbeizuführen. Man kann Zahlungsabkommen schließen, aber man wird immer wieder feststellen müssen, daß sie nur dann realisierbar sind, wenn auch der Waren- und Dienstleistungsverkehr als ihre Grundlage sich ausgleichen. Die Handelsverträge unserer Zeit werden daher auch ganz anders aussehen müssen als die der Vergangenheit.

Wenn wir es aber so fertig bringen, einen globalen Ausgleich der Waren- und Dienstleistungen im Außenhandel, auf den es letztlich ankommt, herbeizuführen, werden auch die Salden bei der Zentralbank keine Schwierigkeiten mehr bereiten können. Das hat vor allem den großen Vorteil, daß diese Bank in Krisenzeiten und auch sonst nicht immer über die Dinge unseres Außenhandels in einer Form mitbestimmt, die zu stark aus rein geldpolitischen Erwägungen geprägt wird.

Im Rahmen dieser übergeordneten Blickrichtung taucht eine Fülle von Einzelproblemen auf, über die noch vieles zu sagen wäre und die wir hier nur ansprechen können. Im Vordergrund steht dabei wiederum das Problem der Freiheit für alle Betätigung, die innerhalb der gleichen Firma einen übergeordneten Warenaustausch vorbereitet. Wir meinen hier insbesondere das Problem der Kompensationsgeschäfte, mit dem auch die Frage unserer Niederlassungen im Ausland eng verbunden ist. Sehr ernsthaft sollte man auch einen Abbau des überspitzten Lizenzwesens prüfen, das sich zu sehr aus einer uns bis dahin fremden Mentalität der JEIA-Anweisungen ableitet. Es melden sich hier das Problem des Dispositionsfonds und nicht zuletzt die Frage der Devisenüberwachung. Mit der Auflockerung der Devisenbewirtschaftung in der aufgezeichneten Form muß das Problem der turnusmäßigen Überprüfung an Bedeutung zunehmen. Hier wird man vor allem eine weitgehende Vereinigung der Devisenprüfung mit der steuerlichen Prüfung fordern müssen, was den Vorteil hat, daß beide Prüfer sich zu gleicher Zeit wesentlich ergänzen können. Eine solche Vereinigung liegt daher auch weniger im Interesse der ein-

zelen Betriebe als darin, dafür zu sorgen, daß die Freiheit nur innerhalb der festgelegten Normen ausgenutzt wird und der Prüfer darüber hinaus sich vor allem seiner eigentlichen Aufgabe zuwenden kann: unzulässige Kapitaltransferierungen zu verhindern, wobei der Schwerpunkt in der Prophylaxe gesucht werden muß.

Wichtig ist aber immer, daß das Problem nicht in das Fahrwasser des Ideologischen gedrängt und jeder verdammt wird, der den Gedanken des Planens auch nur andeutet. Allein die rationale Einsicht kann hier entscheiden, und aus ihr spricht alles für die Planung; denn gerade die jüngste Entwicklung hat gezeigt, daß die Möglichkeiten einer befriedigenden Beeinflussung aus der Liberalisierung erschöpft sind, wofür vor allem die Kausalität zu dem augenblicklichen aktiven Saldo der Zentralbank aus unserem Außenhandel mit Brasilien ein eindrucksvolles Beispiel ist. Wir werden bald vor neue Probleme dieser Art gestellt werden, die uns den Weg des Planens allein noch übrig lassen. Je mehr wir uns aber darauf einstellen, um so eher werden wir lernen, richtig zu planen; denn nur darauf kommt es an. (k)

Europäisierung des Saargebietes?

Es muß schlecht um die Vereinigung Europas bestellt sein, wenn die Europäisierung eines kleinen strittigen Gebiets für die Dokumentierung seiner gebietlichen Existenz erforderlich ist. Um es übrigens vorzunehmen, die politische und wirtschaftliche Zugehörigkeit dieses Gebietes ist für uns nicht strittig. Man könnte es vielleicht als berechtigt empfinden, daß für den Sitz einer übernationalen Behörde, wie sie die Verwaltung der Montanunion darstellen soll, ein exterritorialer Sektor im Weichbild einer schwerindustriellen Stadt geschaffen wird, und warum nicht in Saarbrücken? Aber man sollte doch im Interesse freundschaftlicher Beziehungen damit aufhören, diese untergeordnete Notwendigkeit zu einem politischen Handstreich auszunutzen.

Solange es in Europa Nationalitätenstaaten gibt, und das wird vermutlich noch recht lange sein, kann man es uns nicht verübeln, den politischen und wirtschaftlichen Anspruch auf das Saargebiet aufrechtzuerhalten. Dabei muß es als ganz selbstverständlich feststehen, daß die wirtschaftliche nicht von der politischen Veraltung getrennt werden kann. Das Saargebiet ist kein Raum, der sich wirtschaftlich allein tragen kann. Eine politische Autonomie muß infolgedessen eine Farce bleiben, ganz abgesehen davon, daß eine weitere Atomisierung Europas nicht im Sinne eines Vereinten Europas sein kann.

Die französischen Pläne sind etwas zu einfach, um der Wirklichkeit entsprechen zu können. Mit einer Europäisierung des Saargebietes würde es das Odium der Annexion eines nachbarlichen Teilgebietes vermeiden und sich auf der anderen Seite alle wirtschaftlichen Vorteile unbehindert sichern. Für uns liegt die Gefahr darin, daß wir bei einer Zustimmung zu der sogenannten Europäisierung sowohl den politischen wie dem wirtschaftlichen Anspruch auf dieses Gebiet aufgeben. Den berechtigten wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Produktionskraft des Saargebietes kann auch auf andere Weise als durch Annexion oder Europäisierung, die ja unter den gegebenen Verhältnissen auch nur eine getarnte Annexion darstellt, entsprochen werden. Frankreich sollte seinem gutwilligen Partner psychologisch nicht mehr zumuten, als dieser tragen kann, denn es weiß doch selbst, wie gefährlich politische Ressentiments für ein gutes nachbarliches Verhältnis sind. (sk)

Osterreichs Sorgen um den Ausgleich der Zahlungsbilanz

Die Tendenz einer allgemeinen Konjunkturabschwächung auf den Weltmärkten hat sich auf den österreichischen Außenhandel besonders nachteilig ausgewirkt. Seit vielen Monaten haben berufene Persönlichkeiten auf die kommende Reduzierung der Auslandshilfe warnend hingewiesen. Leider wurden diese Warnungen nicht ernst genug genommen. Die letzten vom amerikanischen Repräsentantenhaus beschlossenen Kürzungen bedeuten, daß Österreich vielleicht nur die Hälfte des im vergangenen Wirtschaftsjahr 1951/52 zum Ausgleich der Zahlungsbilanz verfügbaren Betrages erhalten wird (61 Mill. \$ statt 120 Mill. \$). Das geschätzte Zahlungsbilanzdefizit für das am 30. Juni endende Wirtschaftsjahr beträgt aber gerade 130 Mill. \$. Selbst wenn die Kürzungen durch den amerikanischen Kongreß auf

Österreich keine Anwendung finden, ist mit einem derartig hohen Zuschuß nicht mehr zu rechnen. Der Zuschuß für Österreich wurde ja durch die MSA. bereits auf 86 Mill. \$ festgesetzt.

Im April 1952 verzeichnete man das geringste Ausfuhrvolumen seit August 1950. Im Mai stieg die Ausfuhr geringfügig an. Aber während man für 845 Mill. S exportierte, wurde für 1251 Mill. S importiert (davon 200 Mill. ERP-Einfuhren). Während die Exporte gegenüber April nur um 6 Mill. S zunahmen, erhöhte sich der Einfuhrwert um 100 Mill. S. Handelt es sich dabei auch nur um eine Monatsziffer, so wirkt sie doch alarmierend.

Die österreichischen Importeure und Exporteure hoffen, daß das verbürokratisierte und verpolitisierte Verfahren der Zentralstelle für die Aus- und Einfuhr bald

durchlöchert wird. Ein Anfang wurde bereits gemacht, indem der Handelsminister die Zentralstelle für die Aus- und Einfuhr ermächtigte, eine Reihe von Außenhandelsgeschäften ohne Vorlage an den Arbeitsausschuß zu erledigen. Man darf sich aber von einem schrittweise vereinfachten Bewilligungsverfahren allein keine Wunder erwarten. Die Ursachen für die Exportkrise liegen tiefer. Bei zahlreichen österreichischen Ausfuhrsgütern ist die preisliche Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gegeben. Sind auch die Ursachen für diese Tatsache in den einzelnen Sparten verschieden akzentuiert, so kann doch ein gemeinsamer Grund gerade bei den wichtigsten Industriezweigen nicht übersehen werden — die mangelnde Erhöhung der Produktivität. Österreich hat im Gegen-